Beschlussvorlage DS 353/2021 öffentlich

Datum: 08.04.2021
Geschäftszeichen / Amt: 01.02 / Bereich Landrat
Beratungsfolge: Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Kreistag Stendal
Sitzungstermin: 15.04.2021
22.04.2021

Betreff: Sicherung medizinische Grundversorgung am Standort Havelberg

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt, in Abstimmung mit der Landesregierung für die Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung auf hohem Niveau am Standort Havelberg zu sorgen.

Folgende Mindestanforderungen sollen Eingang finden:

- 24 Stunden / 7 Tage die Woche Notfallbetreuung.
- Einrichtung von sogenannten Überwachungsbetten, damit Patienten in leichteren Fällen auch für mehrere Tage am Standort Havelberg überwacht werden können.

Patrick Puhlmann

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit des Landkreises Stendal hat auf seiner Sitzung am 03.03.2021 nochmals seine Haltung zur Aufrechterhaltung der gesundheitlichen Versorgung der Menschen am Standort Havelberg an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr vor Ort formuliert.

Einhellig wurde aufgrund des gegebenen Meinungsbildes deutlich, dass ein Antrag fraktionsübergreifend erarbeitet und vom Kreistag beschlossen werden sollte. Die Menschen im Raum Havelberg brauchen eine qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung. Dies ist in einen Flächenlandkreis mit langen Wegen, wie der Landkreis Stendal es ist, existentiell notwendig.

Am 08.01.2020 informierte der KMG-Vorstand über die beabsichtigte Schließung des Krankenhauses mit derzeit 37 Betten und die Umwandlung in ein Altenpflegeheim mit 60 Betten.

Seitdem fanden Gespräche mit dem Sozialministerium, der KV, der AOK, den Ärzten des Krankenhauses, den Vertretern des Betriebsrates und des Pflegepersonales sowie dem Landkreis Stendal statt.

Zum Ausschuss am 03.03.2021, in dem der aktuelle Stand der Verhandlungen vorgestellt und diskutiert wurde, stellte das Johanniter-Krankenhaus Stendal den anwesenden Ausschussmitgliedern, Mitgliedern des Kreistages, Vertretern des Vereins Pro Krankenhaus Havelberg und dem Bürgermeister von Havelberg eine Möglichkeit vor, am Standort Havelberg eine qualitativ hohe und moderne stationäre medizinische Versorgung 24 Stunden und sieben Tage in der Woche zu gewährleisten.

Entsprechend dieser Ausführungen seitens der Johanniter im Ausschuss am 03.03.21 wurde eine sogenannte Portalklinik für Havelberg mit ca. 30 Betten für Geriatrie, 5 - 10 Betten für eine darüberhinausgehende stationäre Behandlung, einem angebundenem MVZ mit Ärzten verschiedener Fachrichtungen, einer mobilen Praxis, der Nutzung telemedizinischer Möglichkeiten, einem Hubschrauberlandeplatz sowie die Anbindung einer Rettungswache als anzustrebende Variante befunden. Wenige Tage später wurde durch das Sozialministerium mitgeteilt, dass die Genehmigung einer Außenstelle des Krankenhauses Stendal für eine stationäre Einrichtung

nicht möglich wäre.

Die Gründe für die Ablehnung wurden auf Einladung des Landrates noch einmal genauer am 09.04.2021 bei einem Gespräch in Havelberg erläutert. Dieses Gespräch fand unter Beteiligung der Sozialministerin Grimm-Benne und Staatssekretärin Bröcker, des Landrats, den Vorsitzenden des Kreistages und des Gesundheitsausschusses des Kreistages, sowie des Havelberger Bürgermeisters, Vertretern der Fraktionen des Havelberger Stadtrates und des Vereins Pro Krankenhaus e.V. sowie der Presse statt. Dabei wurde seitens der Ministerin erläutert, dass einerseits formal-rechtlich eine Nebenbetriebsstätte einer Geriatrie oder Portalklinik, wie von den Johannitern beantragt, im Krankenhausgesetz nicht vorgesehen sei. Dementsprechend sei der Antrag der Johanniter mit Schreiben vom 10.03.21 seitens des Ministeriums abgelehnt worden. Auch inhaltlich gebe es Vorbehalte. Es sei nicht deutlich geworden, wie eine Geriatrie, die die fachübergreifende Zusammenarbeit vieler Spezialdisziplinen erfordert, ohne örtliche Einbettung in ein größeres Krankenhaus mit der Vielfalt von Fachrichtungen und entsprechenden Stationen funktionieren solle. Im Sozialausschuss des Landtages am 29.03.21 hatten die dort geladenen Vertreter der Kostenträger (Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung) diese Argumente ebenfalls vorgebracht.

Im Gespräch am 09.04.21 in Havelberg informierte die Staatssekretärin Bröcker ebenfalls, dass die Salus als landeseigene Gesellschaft inzwischen von der Landesregierung den Auftrag erhalten habe, für den Standort Havelberg ihr Modell weiterzuentwickeln. Ziel sei eine tragfähige und nachhaltige Lösung für die medizinische Versorgung in Havelberg. Daraus solle eine Blaupause für die Gesundheitsversorgung für den ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt generell entstehen. Der Großteil der Anwesenden machte deutlich, dass die Weiterführung eines Krankenhauses natürlich zu bevorzugen wäre. Da dies nach den Ausführungen des Gesundheitsministeriums nicht möglich scheint, begrüße man das Engagement der Salus gGmbH. Geschäftsführer Fietz-Mahlow sagte die umgehende Wiederaufnahme der im Jahr 2020 unterbrochenen Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern zu. Sein Ziel ist ein Konzept spätestens bis zum 01. August diesen Jahres vorzulegen. Die Gesundheitsministerin machte ebenfalls deutlich, dass eine Unterstützung des Landes für genehmigungsfähige Konzepte auch anderen interessierten Trägern medizinischer Einrichtungen offensteht.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen bekräftigen die Mitglieder des Kreistages mit diesem Beschluss die Forderung an die Landesregierung am Standort Havelberg eine qualitativ hochwertige und moderne medizinische Versorgung 24 Stunden und sieben Tage in der Woche zu etablieren bzw. die dafür notwendigen Schritte vorzunehmen.